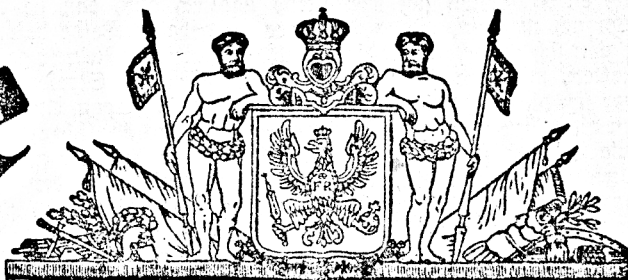


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn-, Festtags und Montags nur einmal. Sonntags die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatlich 15 Mark durch eigene Boten täglich frei ins Haus; durch die Post 14 Mark (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 3 Mark u. 66 2/3 % Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 600.

Mitteleuropäische Wirtschaft.

Einzelheiten über die Konferenz.

Wien, 30. Oktober.

Das offiziöse Wiener Korrespondenzbüro veröffentlicht folgende, aus Paris datierte Meldung der „Neuen Freien Presse“, die alle Einzelheiten über den von der Entente vorgeschlagenen Plan einer mitteleuropäischen Wirtschaftskonferenz enthält:

Zu der Nachricht des „Journal des Débats“ über eine Wirtschaftskonferenz der Nachfolgestaaten wird berichtet, daß die österreichische Sektion der Reparationskommission auf Antrag des amerikanischen Vertreters tatsächlich einstimmig beschlossen hat, der Reparationskommission in Paris die Abhaltung einer Konferenz zu empfehlen, die sich mit den wirtschaftlichen Fragen aller mitteleuropäischen Staaten und der an sie grenzenden Staaten, insoweit diese durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen wurden, befassen soll. An der Konferenz sollen demnach teilnehmen: Polen, die Tschechoslowakei, Oesterreich, Südslawien, Italien, Rumänien, Deutschland und Ungarn, dieses letztere jedoch nur, wenn der Friedensvertrag ratifiziert ist und dessen Bedingungen durchgeföhrt werden. Als Sitz der Konferenz dürfte wahrscheinlich Preßburg in Betracht kommen.

Jeder Staat wird aufgefordert werden, folgende Vertreter zu entsenden: einen Regierungsvertreter für Handel, einen für Transportwesen, einen für Finanzen, ferner zwei Vertreter der Großindustrie, einen für das Bankwesen. Zur Verhandlung werden kommen Ein- und Ausfuhr, Zariifragen, Lizenzen, Abgaben und Gefälle, Maßnahmen zur Regelung des Unterschiedes von Inlands- und Auslandspreisen, Geldverkehr und Scheckwesen, Eisenbahnverkehr, Post-, Telegraphen- und Fernsprechnagen.

Hervorzuheben wäre, daß Amerika, England und Frankreich an dieser Konferenz nur inoffiziell, im beratenden Sinne, teilnehmen werden, so daß die mitteleuropäischen Staaten die sie berührenden Angelegenheiten durch freiwillige und unbeeinflusste Uebereinkommen regeln sollen.

Der Beschluß der österreichischen Sektion der Reparationskommission ist das Ergebnis mehremonatiger Beratungen und wird in der kommenden Woche von der Reparationskommission in Paris entschieden werden. Die Konferenz dürfte, falls die tschechoslowakische Regierung Preßburg als Sitz der Konferenz annimmt, Anfang Dezember zusammentreten. Die österreichische Sektion des Wiedergutmachungsausschusses ist der Ansicht, daß eine solche Wirtschaftskonferenz, die genau nach dem Muster der Brüsseler Konferenz abgehalten wäre, in keiner Weise politische Fragen berühren dürfte. Vor allem ist durch die mitteleuropäische Wirtschaftskonferenz beachtenswert, die hermetische Absperrung der einzelnen Staaten voneinander, die die Vorbedingungen eines geregelten Wirtschaftsverkehrs um ein halbes Jahrhundert zurückgeworfen hat, aufzuheben, wobei jedoch betont wird, daß in keiner Weise daran gedacht wird, irgendeiner Art von Donauföderation den Boden zu bereiten. Man hofft ferner, daß das ausländische Kapital, wenn es den guten Willen der mitteleuropäischen Staaten zu einem geregelten Einvernehmen sieht, nicht abgeneigt sein wird, sich an der Ausrichtung des mitteleuropäischen Wirtschaftslebens kräftig zu beteiligen.

Wie ich höre, enthält der Vorschlag des Wiener Unterausschusses der Wiedergutmachungs-Kommission auch die Aufforderung, die internationalen Pressevertreter in möglichst großer Zahl einzuladen, damit die die einzelnen Staaten betreffenden Berichte und Vorschläge alsbald in der ganzen Welt die größte Verbreitung finden.

Lloyd George und der Völkerbund.

London, 30. Oktober. (B. T. B.)

Neuer erfährt aus gutunterrichteter Quelle, es sei nicht wahr, daß Lloyd George dem belgischen Ministerpräsidenten Delacroix gegenüber die Absicht ausgesprochen habe, als Vertreter Englands an der Vollversammlung des Völkerbundes in Genf teilzunehmen. Delacroix habe ihn gefragt, ob er die Absicht habe, sich nach Genf zu begeben. Er habe geantwortet, es sei wohl der Vorschlag gemacht worden, aber das Kabinett habe ihn noch nicht erörtert. Lloyd George sei die Absicht untersuchen worden, dem Völkerbund die Aufgabe zu übertragen, den Friedensvertrag zu interpretieren. Jede Voraussetzung dieser Art sei aber vollkommen unbegründet.

Der geistige Anschluß.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Wien, 30. Oktober.

Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ erfährt, hat das Wiener Staatsamt für Unterricht keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um an die Dringlichkeit der Angleichung der Hochschulen Deutsch-Oesterreichs an Deutschland zu erinnern. Es hat in dieser Sache auch eine Note an das Staatsamt des Neuherrn und an die österreichische Gesandtschaft in Berlin gerichtet. Die Wiener Blätter veröffentlichen die reichsdeutsche amtliche Mit-

teilung über die Fortsetzung der Verhandlungen und verzeichnen mit Genugtuung die Bemerkung der „Vossischen Zeitung“, daß insbesondere die wirtschaftlichen Vertretungen der akademischen Berufe gegenüber den Akademikern Deutsch-Oesterreichs dieselbe weitberzige, entgegenkommende Haltung einnehmen wie die deutsche Studentenschaft, die die Studenten der österreichischen Hochschulen als gleichberechtigte Glieder anerkannt habe.

Das Flugverbot zurückgezogen.

Keine Auslandsflüge mit früheren Kriegsflygezeugen.

Die Verhandlungen, die gestern mittag über das Flugverbot der Entente zwischen dem Auswärtigen Amt und der Luftfriedenskommission in Antwerpen eines Kommissars des Reichsluftamts stattfanden, haben teilweise zu einer Einigung geführt. Die Ententekommission besteht nur somit auf ihrem Verbot, als es sich um Auslandsflüge mit früheren Kriegsflygezeugen handelt. Es sind insgesamt 149 Kriegsflygezeuge, die nicht zerstört wurden, sondern von General Masternan, dem Vorsitzenden der Interalliierten Kommission, zur Verfügung gestellt und an verschiedene deutsche Flugzeugfirmen veräußert wurden. Flüge dieser Flugzeuge sollen nur im Inlande gestattet sein. Alle übrigen von der Luftfriedenskommission getroffenen Maßnahmen werden zurückgenommen.

So werden die nach ihrer Landung in Wien und Riga beschlagnahmten Flugzeuge freigegeben. Das den Numpter-Flugzeugwerken und der Deutschen Luftreederei erteilte allgemeine Flugverbot wird zurückgezogen. Das Auswärtige Amt ist der Meinung, daß die einmal erteilte Fluglizenz nicht hätte wieder zurückgezogen werden dürfen, und wird in diesem Sinne weitere Schritte unternehmen. Für Flugzeuge, die von der Privatindustrie gebaut sind, bestehen keinerlei Flugbeschränkungen.

Neue Flugpostverbindung. Vom 1. November ab wird ein täglicher Flugpostdienst Bremen—Münster—Gelsenkirchen von der Sablatnik-Flugzeugbau-G. m. b. H. mit Anschluß an die Flugpost Berlin—Bremen hergestellt. Flugplan ab Bremen 1.30 ab Berlin ab 9.30, ab Münster 3.15, ab Gelsenkirchen 3.45; zurück ab Gelsenkirchen 9.15, ab Münster 10.0, an Bremen 11.30 (in Berlin 3.30).

Die Gefährdung der Dieselmotoren.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 30. Oktober.

Im heutigen Heft der Wochenschrift „Le Progrès civique“ protestiert Adirial Degou gegen die Zerstörung der Dieselmotoren. Er führt aus, der am 2. Oktober gefasste Beschluß der Völkerversammlung, der die Zerstörung der Dieselmotoren anordnet und die weitere Fabrikation untersagt, sei nicht zu verteufeln. Die Zerstörung würde den Neubau von U-Booten nicht verhindern können, da es, wie das Beispiel der französischen U-Boote beweist, auch andere Motoren für Tauchboote gebe und Deutschland überdies jederzeit in den benachbarten Ländern Dieselmotoren kaufen könne, wie schon in der letzten Kriegszeit.

Die Zerstörung würde als unnötige Aufreizung besonders der Süddeutschen gelten müssen, da sie eine Arbeitslosigkeit und Erschwerung der industriellen Tätigkeit in Deutschland zur Folge hätte. Die deutsche Regierung würde dadurch gezwungen werden, den deutschen Industrien hohe Entschädigungen auszu zahlen. Was Frankreich dabei gewinnen soll, sei nicht ersichtlich.

Dagegen hätten die Engländer an der Zerstörung der Motore ein Interesse. Man müsse sich fragen, ob es den Engländern nicht lieb wäre, wenn die in Süddeutschland bestehende Sympathie für Frankreich vermindert würde, oder ob die Engländer den Groll der Fabrikanten in den Ostseeländern besänftigen wollen. Vielleicht denke England auch an die Interessen der englischen Industrien, welche die Herstellung von Dieselmotoren versuchen.

Die Reichstagspause.

Der Etat wurde am Schluß der gestrigen Sitzung des Reichstages ohne Widerspruch einstweilen dem Hauptauschuß überwiefen. Ende der kommenden Woche sollen neben der Fortsetzung der politischen Aussprache noch die Interpellationen über die besetzten Gebiete und Copen-Malmedy, das Gesetz über die Wirtschaftsberühfen für die besetzten Gebiet und andere keine Vorlagen erledigt werden. Die Woche vom 8. bis 14. November soll von Plenarsitzungen frei bleiben, um dem Hauptauschuß Zeit zur Etatsberatung zu lassen.

Die Parlamentsberichte veröffentlichen wir in der 2. Beilage.

Partei oder Reich.

Von
Georg Bernhard.

Es ist altes parlamentarisches Recht, daß bei der Beratung des Stats über alles geredet werden kann. Und dieses Recht ist eines der wenigen Rechte, die sich auch die deutschen Abgeordneten seit der Entstehung von Parlamenten in Deutschland niemals haben verkümmern lassen. Dieser alte Brauch steht in engem inneren Zusammenhang mit dem Wesen des Budgetrechts, dem Ursprung und dem festesten Fundament eines jeden Parlamentarismus. Denn wer die Befugnis der Geld- und Zweckbewilligung hat, läßt sich auch das Recht der Kritik an der Geschäftsgebarung nicht nehmen. Allmählich ward es üblich, daß die Kritik um so länger und mannigfaltiger wurde, je weiter ein ganzes Parlament oder eine einzelne Partei in Opposition ging. Und naturgemäß brauchte die längste und schärfste Kritik als Rechtfertigung vor dem Lande eine Partei, die der Regierung das Vertrauen entziehen und das Budget ablehnen wollte.

In den Ländern mit alter parlamentarischer Tradition und vor allem dort, wo durch ein mehr oder weniger ausgesprochenes Zweiparteiensystem für die kritizierende Opposition jederzeit die Pflicht erwachsen kann, selbst die Regierung und damit die alleinige Verantwortung für das Wohl des Landes zu übernehmen, kann auf die Dauer keine rein negierende unfruchtbare Kritik geübt werden. Hier ist fast immer die Opposition gezwungen, bestimmte positive Forderungen aufzustellen, um jederzeit eine zugräftige Plattform für die Wahlen zu haben. In Deutschland hatten die Oppositionsparteien bis zur Revolution sowohl im Reichstag als auch in den Landesparlamenten eine viel bequemere Stellung. Die meisten brauchten, wie auch immer die Wahlen ausfielen, niemals zu besorgen, für ihre großen Worte verantwortlich gemacht zu werden. Besonders die Sozialdemokratie, die das Kennzeichen der „Reichsfeindschaft“ niemals ganz verlor, brauchte sich bis tief in den Krieg hinein keinerlei Sorgen um ihre zukünftigen Regierungsgeschäfte zu machen. Deshalb ist auch von keiner Partei so verantwortungslos wie von ihr kritisiert worden; sehr zum Schaden der Partei und damit auch sehr zum Schaden des deutschen Volkes. Denn vieles, was nach dem 9. November geschah und unterblieb, ist darauf zurückzuführen, daß eine Partei, die dem geistigen Inhalt ihres Programms nach geradezu moralisch gezwungen gewesen wäre, sich auf den Tag ihrer Herrschaft praktisch vorzubereiten, sich tatsächlich infolge der eigenartigen deutschen politischen Verhältnisse immer mehr in der Kritik von Einzelheiten verlor. So lange Uebung gibt eine Routine, von deren automatischer Handhabung man sich schwer befreien kann.

Nicht erst seit der Revolution, sondern mindestens schon seit der zweiten Hälfte der Kriegszeit regieren tatsächlich die sozialistischen Parteien in Deutschland. Sie sind auch schon für einen großen Teil dessen verantwortlich, was unter den vorrevolutionären bürgerlichen Ministerien während der Kriegszeit geschehen ist. Aber selbst nachdem sie auch formell die politische Verantwortung in Deutschland übernommen hat, fühlte sich die sozialdemokratische Partei in ihrer großen Mehrheit noch immer als Opposition. Während der Weimarer Nationalversammlung hatte man ja sogar mehrfach das eigenartige Schauspiel erleben müssen, daß die Sozialdemokratie gegen Gesetze stimmte, oder doch mindestens nur lau und geteilt für sie eintrat, die unter Zustimmung der sozialdemokratischen Minister vom Kabinett beschloffen waren. Aber selbst wo es nicht zu solchen Sonderarbeiten kam, waren die Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten nach Form und Inhalt getreue Abbilder früherer Oppositionsreden. Bllig aber, seitdem die Sozialdemokratie ihre Vertrauensmänner aus dem Kabinett zurückgezogen und nach den Neuwahlen sich geweigert hat, wieder in die Regierung einzutreten, merkt man all diesen Rednern deutlich die reine Freude an, Kritik auf Kritik häufen und besonders bei den Etatdebatten anbringen zu können.

Bei der augenblicklichen Statsdebatte lebt auch bis in kleine Neußerlichkeiten hinein die Usance der guten alten Oppositionsrednerie wieder auf. Ueber alle möglichen und unmöglichen Dinge wird geredet, das vorgebrachte Material richtet sich dabei dur aus nicht etwa gegen die Regierung, sondern gegen jede andere Partei, der man einmal im Wahlkampf wird gegenüber treten müssen. Man sollte meinen, daß zwei Männer, die, wie Scheidemann und Hermann Müller, selbst im Reichstanzleramt gesessen haben und doch schließlich eines Tages wieder einmal dorthin zurückzukehren streben, sich für zu gut halten müßten, um nach dem Schema durchschnittlicher Parteisekretäre ohne jede Spur von Politik Agitationsreden von der Tribüne des Reichstages herab zu halten. Noch dazu so unvorsichtige wie Scheidemann, der als Vertreter einer Partei, die den Wehrminister stellte, der sich vom Rapp-Putsch völlig übertrafen ließ, den jetzigen Reichswehrminister als blindes Werkzeug in der Hand jenes Generals hinstellte, der unseres Wissens sich einst der besonderen Protektion von — Philipp Scheidemann erfreute.